

zu machen. Die Geschütze auf diesen Booten haben keine Verchlüsse, da diese infolge der Waffenstillstandsbedingungen entfernt werden mußten. Der Hamburger Soldatenrat hat nach Cuxhaven zugefagt, Verchlüsse durch Schiff zu senden.

Der Lotse hat sich geweigert, wegen Eisgang das Schiff zu fahren. Infolge all dieser Umstände kam es also nicht zu einer Ausführung des Vorhabens. In der Mitteilung nach Cuxhaven hieß es, daß bei der Armierung der Schiffe sehr vorsichtig verfahren werden müsse, damit die Besatzung der dieser Tage eingelaufenen englischen Kreuzer nichts merkt, da die Besetzung der Verchlüsse gegen den Waffenstillstandsvertrag verstößt.

Die Urheber waren sich also des Verbrecherischen ihres Vorhabens völlig bewußt. Das Schiff sollte auch Gewehre, Munition und Granaten mitbringen. Man denke, welche Folgen es für das ganze deutsche Reich und für das gesamte deutsche Volk gehabt hätte, wenn durch groben Bruch der Waffenstillstandsbedingungen wie die wahnwitzigen Führer der Hamburger Unabhängigen ihn planten, schwere Repressalien gegen das ganze deutsche Volk herbeigeführt worden wären.

Lübecker Spartakisten.

Der Lübecker Soldatenrat ist nun auch ins Spartakistische Lager eingeschwenkt. Er ließ die Lübecker Garnison alarmieren und forderte sie unter Entbindung von dem der Reichsregierung geleisteten Treueid auf, nach Bremen zu gehen, um den dortigen Brüdern gegen die Regierungstruppen zu helfen. Die Garnison wies dieses Ansinnen entschieden zurück, so daß der Soldatenrat von seiner Hilfsaktion für Spartakus absahen mußte.

Mittwoch morgen ließ er Post und Telegraphy besetzen, um die Entsendung regierungstreuer Truppen nach Lübeck und Hamburg zu verhindern. Das Personal des Post- und Telegraphenamts unterbrach darauf den Dienst. Der Betrieb wurde aber bereits nach einer Stunde wieder aufgenommen, nachdem der Soldatenrat seine Forderungen reiflich zurückgenommen hatte.

Gefahr für die Lebensmittellager.

In der letzten Nacht versuchten einige Gruppen von Spartakisten in Hamburg sich verschiedener Sicherheitswachen zu bemächtigen, um dadurch Waffen und Munition zu erhalten. Bei vier Wachen gelang es ihnen, die Mannschaften zu überwältigen und ihnen die Waffen fortzunehmen. Eine größere Anzahl von ihnen zog dann zur Kaserne des Infanterieregiments Nr. 76, um sie zu räumen. Sie wurden aber dort abgewiesen, ebenso vor der Polizeiwache in der Davidsstraße, die mit vielen Sicherheitsmannschaften besetzt war.

Mittwoch morgen zog eine Anzahl bewaffneter Arbeiter nach dem Freihafen, um die großen Lebensmittellager zu besetzen. Sie wurden hier ebenfalls zurückgewiesen. Die Arbeiter erklärten, wenn es ihnen gelänge, in die Lager einzudringen, würden sie dieselben in Brand setzen. In der Stadt sind verschiedene Werbebureaus für Arbeiter eingerichtet, in denen diese Munition und Waffen erhalten.

Weiseln sollen erschossen werden.

Auf die Weigerung der Hamburger Eisenbahnbeamten, bewaffnete Arbeiter nach Bremen zu befördern, erschien das Mitglied des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats Siemer bei der Eisenbahndirektion, forderte nochmals die Beförderung der Arbeiter, drohte, jeden dritten Eisenbahner erschließen zu lassen, jeden fünften als Weisel zu verhaften und sämtlichen Beamten die Brotkarte entziehen zu wollen. Diesen Terror lehnte die gesamte Beamtenschaft einstimmig ab.

Die Kieler Arbeiter verlangen Waffen.

Etwa 2000 Kieler Arbeiter, die an einer Versammlung des Spartakusbundes, des Roten Soldatenbundes und der Unabhängigen teilgenommen hatten, zogen zum Gouverneur, um die Bewaffnung der Arbeiterklasse sowie die Einstellung der Lebensmittelzufuhr für die nach Bremen gegangene „Eisene Division“ zu fordern. Letzteres hatte der Gouverneur bereits vorher einem Arbeiterausschuß zugesagt. Als mehrere Gruppen in eine in der Nähe liegende Kaserne eindringen wollten, gaben die Sicherheitsmannschaften Feuer, wobei eine Anzahl Personen getötet und verwundet wurde.

In einer Versammlung von ungefähr 3000 aktiven Unteroffizieren der Marine wurde dargelegt, daß die aktiven Unteroffiziere unter allen Umständen für die Sicherheit und Ruhe in Kiel eintreten würden. Der Soldatenrat hat den Abgesandten der Hamburger Arbeiter, die die Unterstützung der Bremer Arbeiter erwirken sollten, erklärt, er stehe fest hinter der gegenwärtigen Regierung.

Bei der Schießerei in der Nähe des Gouvernementsgebäudes wurden vier Zivilisten und ein Matrose getötet sowie acht Zivilisten und vier Marineleute verwundet.

Spartakus im Reiche.

Gewaltherrschaft in Düsseldorf.

Zwischen den Vertretern der Düsseldorfischen Arbeiterverbände und der bürgerlichen Berufsorganisationen einerseits und dem Vollzugsausschuß des Arbeiterrates andererseits fanden am Mittwoch Verhandlungen auf dem Düsseldorfischen Rathause statt. Nach längerer Erörterung erklärte plötzlich gegen 12 Uhr der von dem Vollzugsausschuß eingesetzte Oberbürgermeister Schmidtgen, daß die bürgerlichen Unterhändler verhaftet seien, und zwar vier Herren von den Beamten sowie Berufsorganisationen und zwei

Herren der Presse, die zur Verhinderung antwortend waren. Die Verhafteten wurden nach dem Gefängnis gebracht.

In der Altstadt stehen an den Straßenabenden Maschinengewehre und Posten der Spartakisten. Große Mengen Arbeiter versammeln sich auf dem Volkshaus. Die vereinigten Beamten- und Berufsorganisationen haben ihrerseits einen Vollzugsausschuß gebildet. Die Beamten der Post, des Telegraphen- und Fernsprechamtes und der Eisenbahn haben um 12 Uhr den Betrieb eingestellt. Auch zahlreiche Privatbetriebe, Geschäfte und Gastwirtschaften sind bereits geschlossen. Von den städtischen Angestellten arbeiten vorläufig noch diejenigen der Straßenbahn, des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerkes. Die bürgerliche Presse hat ihr Erscheinen eingestellt.

Die Erregung der Bürgerschaft über die brutale Verhaftung ihrer Vertreter ist außerordentlich groß.

Belagerungszustand über Oberhausen.

Da die seit langem befristeten Wahlen der Tagung geworden sind, ist über Oberhausen der Belagerungszustand verhängt worden. Der Aufenthalt nach 9 Uhr auf den Straßen ist verboten.

Wesel in den Händen der Spartakisten.

Die Stadtverwaltung von Wesel befindet sich vollständig in den Händen der Spartakisten, welche das Rathaus von einer größeren bewaffneten Truppenmacht besetzt halten lassen. Der Proteststreik der Beamten und städtischen Arbeiter gegen den Terror der Spartakisten hält an. Die Stadt ist ohne Wasser und auch zum größten Teil ohne Licht. Da auch der Polizeidienst ruht, so durchziehen starke Militärstreifwachen die Straßen. Zur Zeit herrscht Ruhe.

Arbeitslosenunterstützung in Leipzig.

Zu erregten Arbeitslosen-Demonstrationen kam es in Leipzig. Die durch aufreizende Reden erregte Menge zog nach dem Rathaus, drang in die Räume bis zu dem großen Sitzungssaal vor und forderte Erhöhung der Arbeitslosen-Unterstützung auf 10 Mark pro Tag, Verbilligung sämtlicher Lebensmittel, angesehene Bürger als Geißeln.

Im weiteren verlangte die Menge trotz der Beruhigungsversuche durch den Oberbürgermeister und den U- und S.-Rat sogar Bewaffnung der Arbeitslosen, um den Bremern zu Hilfe zu kommen. Mit Mühe und Not konnte eine Gefährdung des überaus

Kostbaren Silberhahns der Stadt.

verhütet werden. Nachdem schließlich der Oberbürgermeister zugesagt hatte, bei der Reichsregierung im Sinne der Demonstranten vorstellig zu werden, entfernte sich die Menge. Der Leipziger U- und S.-Rat hat an die Reichsregierung einen telegraphischen Protest gegen die Maßnahmen gesandt, die die Reichsregierung gegen die Bremer Revolutionäre unternommen hat.

Die Internationale über die Schuldfrage.

Das Urteil verschoben.

Auf der Internationalen Sozialisten-Konferenz in Bern schlug der Vorsitzende, der schwedische Sozialistenführer Branting folgende Resolution zur Annahme vor:

„Die Konferenz in Bern erkennt an, daß für sie die Frage der unmittelbaren Verantwortlichkeit am Kriege geklärt ist, sowohl durch die Aussprache, als auch durch die Erklärung der deutschen Mehrheit, die den revolutionären Geist des revolutionären Deutschland und dessen völlige Loslösung von dem des für den Krieg verantwortlichen alten Systems bekennt hat. In dem die Konferenz die deutsche Revolution und die demokratischen und sozialistischen Einrichtungen, die sie herbeigeführt hat, begrüßt, sieht sie die Bahn frei für die gemeinsame Arbeit der Internationalen.“

Die weitere Erklärung, die die deutschen Delegierten in der Debatte über den Bölkerbund abgegeben haben, überzeuge die Konferenz, daß von nun an die vereinigten Arbeitermassen der ganzen Welt die stärksten Mittel zur Niederhaltung jeden Militarismus und aller Versuche, die internationale Demokratie zu vernichten, verbürgen und gewähren werden. Die Konferenz sieht in den in ihr geführten Debatten eine fruchtbare Vorarbeit und überläßt es einem künftigen internationalen Kongreß, dessen Einberufung unter normalen Bedingungen erfolgen kann, aber die weltgeschichtliche Frage der Verantwortlichkeit das Urteil der Internationalen zu fällen.“

Diese Resolution, deren Verlesung mit wiederholtem lebhaftem Beifall begleitet wird, wird gegen wenige Stimmen von der Konferenz angenommen, nachdem der französische Deputierte Thomas zu den deutschen Sozialisten gesagt hatte:

„Ich will Euch ganz offen sagen, daß mein Vertrauen zu Euch noch nicht völlig wiederhergestellt ist, und es fällt mir deshalb schwer, für die Resolution zu stimmen. Ich tue es aber im Vertrauen auf die Massen, die hinter Euch stehen.“

Die deutsche Delegation brachte folgende Resolution, betreffend die schleunige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen, ein:

„Die Internationale Sozialistenkonferenz erklärt: die Vertreter der Arbeiterklasse aller Länder haben dafür zu wirken, daß mit Beendigung des Krieges alle Maßregeln, die aus Anlaß des Krieges erlassen, oder die infolge des Krieges entstanden sind, und die den Arbeiter in der Auswahl der Arbeit oder des Aufenthaltes beschränken, außer Kraft treten.“

Die von den Militäristen in Frankreich geforderte gewaltsame Zurückhaltung von einer Million Gefangenen

wird in Millionen Familien Trauer und Tod und den Gewaltthäter erzeugen, der im zwanzigsten Jahrhundert freie Menschen in Sklaven verwandelt und Mißstände erzeugt, die man im grauen Altertum bei barbarischen Staaten gefannt hat.

Dauernden Schaden werden von der Sklaverei neben den Sklaven die freien Arbeiter Frankreichs haben, denn, wenn in der Zeit, in der die Arbeiter ihre Arbeits- und Lohnbedingungen der veränderten Kaufkraft des Geldes anpassen sollen, die Arbeiter von einer Million Sklaven wie ein Belagewicht auf den Arbeitsmarkt drückt, werden die freien Arbeiter die mit diesen Sklaven konkurrieren sollen, in ihrer Lebenshaltung so herabgedrückt, daß sie dauernd Parasiten in der Arme des europäischen Proletariats bleiben.“

Edner verzichtet auf Kolonien.

Nach westschweizerischen Zeitungen hat der bayerische Ministerpräsident Eisner in einer Unterredung mit dem Berner Vertreter von „New York Times“ erklärt, das deutsche Volk habe keinerlei Interesse mehr an Kolonien, sondern wolle nur noch Brot und Ruhe. Wie lange noch darf dieser Herr aus Galtzig im Namen des deutschen Volkes sprechen und die Weibuld des deutschen Volkes mißbrauchen?

Die Lage im Baltikum sehr ernst.

Seit dem 3. Februar liegt der Ostschuß in der Hand der Obersten Heeresleitung.

Die Lage ist vor allem im Baltikum immer noch sehr ernst. Zwar ist es gelungen, den Ansturm der Sowjettruppen am Windau-Abchnitt zunächst zum Halten zu bringen. Es liegen jedoch Anzeichen dafür vor, daß der Gegner nur Verhärtingen heranzieht, um dann seinen Vormarsch mit erneuter Kraft fortzusetzen. Der Besitz von Wibau scheint das nächste Ziel der Sowjettruppen zu sein.

Auch südlich des Baltikums ist es uns gelungen unsere Linien zu besetzen und damit die Grenzen von Ostpreußen und die für den Abtransport so überaus wichtige Bahn Dirschowitz-Groß-Preußen zu sichern.

Rohno, Grodno, Walsdorf und Dirschowitz sind in unserem Besitze.

Die Räumung der Ukraine ist am 12. Februar beendet. Es ist gelungen, alle Truppen bis an die in Odesa und Nikolajewsk abgeschrittenen zurückzuführen.

Am 2. Februar verließ der letzte Zug in der Richtung Kiew mit Teilen der sächsischen 92. Infanterie-Division Powurk. Es steht zu hoffen, daß bei weiteren guten Fortschritten der Räumung sämtlicher Truppen am 20. Februar, mit Ausnahme des Grenzschiebes, die Reichsgrenze überschritten haben werden.

Die Verhandlungen mit der Entente über den Abtransport der im Schwarzen Meer-Gebiet und in der Türkei befindlichen Truppen haben nunmehr zum Abschluß geführt. Der Abtransport zur See ist genehmigt. Da der erforderliche Schiffsraum nicht zu Stelle ist, wird jedoch noch geraume Zeit bis zum endgültigen Abtransport vergehen.

Die Gefahr für Nordwestrussland.

Der Gegner verhielt sich bei Rawitsch über Nordwestrussland ruhig. Feindliches Artilleriefeuer auf Richtung Gorchon lag zu unregelmäßigen Zeiten auf der Straße Sarnowo-Gorchon und Sarnowo-Daschahn. Eigene Artillerie streute von Wald südlich Sarnowo und das Gelände an der Bahn Sarnowo-Gorchon ab. Der Feind ließ bei den letzten Kämpfen neben erheblichen blutigen Verlusten drei Maschinengewehre und 40 Gefangene in unseren Händen.

Die großpolnischen Truppen.

Die gegen Schlesien anmarschirenden großpolnischen Truppen sind keineswegs zu unterschätzen. Sie bestehen aus ehemaligen deutschen Soldaten und werden auch von ehemaligen deutschen Offizieren geführt. Ihre Disziplin und Ausrüstung ist gut; letztere besonders, nachdem es ihnen durch die Besetzung von Posen gelungen war, Artillerie, Munition und zahlreiches anderes Material, auch Lebensmittel zu beschaffen, wovon sie auch nach Kongresspolen noch namhafte Mengen abgeben konnten. Ihre wirkliche Stärke ist noch nicht zu übersehen.

Ein nächster Zusammenstoß.

Zwischen Polen und einer deutschen Patrouille fand an der russischen Grenze im Walde von Ostlotisch statt. Es kam zu einem kurzen Feuergefecht, woran die polnischen Truppen sich wieder zurückzogen.

Die Bolschewisten an der Grenze Ostpreußens.

Wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, ist Telsche, etwa 80 Kilometer von der ostpreussischen Grenze, am 3. Februar von starken regulären und örtlichen Bolschewisten besetzt worden, von denen Teile nach Süden und Westen marschieren.

Ultimatum an die Regierung.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Gotha hat ein Telegramm an die Regierung Ebert-Roske gerichtet, des Inhalts, innerhalb 24 Stunden die Gardetruppe aus Weimar zurückzuziehen, andernfalls für Großthüringen der Generalstreik organisiert und ebenfalls mit Gewalt gegen die Bedrohung Thüringens durch weißgardistische Truppen vorgegangen werden soll. Nach Ausrückung der Mittelmeer des roten Soldatenrates des 1. Armeekorps will man auch zu ähnlichen Maßnahmen greifen für den Fall, daß Ebert vorläufiger Reichspräsident werden soll.

Das Nationalitätenverhältnis in Thorn.

Im für die Friedensverhandlungen das Nationalitätenverhältnis von Thorn festzustellen, fand in Thorn eine besondere Volkszählung statt. Wie der Magistrat in der Stadtverordnetenversammlung bekanntgab, ist dabei eine Einwohnerzahl von 47 443 festgestellt worden und zwar 29 434 Deutsche, 17 835 Polen und 174 Ausländer.

ersch...
nahme
Feiertag
Spätna
geben,
lich ein
2.85 M
1.90 M
95 Pf.
10 Pf.
Kustsch
ite

U

Nr

Person
und v
worde
3
1918
D
Nr. 1

geteilt
säde
buche,
2

D
Dresd
Vorh
liche
dann
Dres
grote
Thom
gleich
als e
New
Schil
die r
feiner
schaf
Frau
Grup
Rom
Berle
von
und
Richt
teilu
Beju
Herr
doro
bitr.
neue
aus
Bud
Seite

Jah
vom
2 U

der
die
Don
Her
Her
Ditt
Wia
beju
und
30

für
ein
leit
Ber
den
wä
Die
läß
wu
pol
den
ma
als
beg